

Newsletter

Berichte – Informationen – Debatte

März 2021

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

„Wessen Erinnerung zählt?“ So titelt das Buch von Mark Terkessidis über „koloniale Vergangenheit und Rassismus heute“. Mit ebensolcher Frage beschäftigte sich der letzte Newsletter im Kontext von Erinnerungspolitik zur NS-Zeit. Wir führen die Debatte fort, diesmal über Formen des politische Ringens um Begriff und Vorstellung von Identität oder paraphrasiert: Welche Identität zählt? In Zeiten, da wir gezwungen sind, Treffen, Wissens- und Meinungsbildung jenseits von physischer Präsenz zu organisieren, sei jede/jeder ermuntert, an dieser Debatte, der wir viel Raum geben wollen, teilzunehmen. Wenn der Newsletter dadurch umfangreicher wird, ist das kein Manko.

Normalerweise ist das Frühjahr eine Jahreszeit, in der sich eine Veranstaltung in Hannover und Region an die nächste reiht. Nur zum Beispiel: Vom Erinnern an die Befreiung vom Nationalsozialismus, dem Gedenken an die ermordeten Zwangsarbeiter*innen auf dem Seelhorster Friedhof, bis zum gemeinsamen Treffen am 1. Mai. Kaum ein Treffen kann stattfinden, und wenn, dann nur in höchst eingeschränkter Form oder als Online-Veranstaltung. Sie sind hier, soweit sie gemeldet wurden, aufgelistet. Auch die übliche MV des Netzwerks im Frühjahr fällt aus, weshalb der Vorstand in diesem Newsletter in einem kurzen Bericht seiner Rechenschaftspflicht nachkommen möchte.

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

- **Veranstaltungen im April 2021**
- **Neue Broschüre der Mobilen Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus**
- **„Von Verzweiflung und der Sehnsucht nach Freiheit“ Eine Buchempfehlung**
- **Reichsbanner - Regionalgruppe Hannover dankt den Verteidigern der Freiheit!**
- **Rechenschaftsbericht des Netzwerkvorstands**
- **Identität, Gesellschaft und Geschichte – auch in Hannover**

Kundgebung

Demokratie sichern – Wir sind mehr!

Donnerstag, 31. März 2021, 16 Uhr

Der Versuch im letzten Jahr den Reichstag in Berlin während einer Demonstration zu besetzen, erschütterte uns schwer. Die schlimmsten Befürchtungen wurden real, Corona-Leugner, Rechtsextremisten und Rechtspopulisten hatten sich vernetzt und zum Sturm auf den Reichstag aufgerufen.

Im Januar fand der von rechtsextremen Aktivisten organisierte Angriff auf das Capitol in Washington D.C. statt, um den Machterhalt von Trump mit Gewalt zu sichern. Angesichts der zunehmend aufgeheizten Stimmung bei Coronaprotesten wurde auch hier mit einer Eskalation wie in Washington gerechnet, „Bundestag und Länderparlamente“ könnten angegriffen werden.

Wir nehmen die Besetzung des Hannoverschen Gewerkschaftshauses an der Goseriede am 1. April 1933 zum Anlass, um uns entschieden gegen antidemokratische Kräfte, rechte Hetze, Rassismus und Diskriminierung zu stellen. Der Kollege Werner Preissner wird für den DGB Hannover sprechen.

Im Rahmen der Kundgebung wird die neue Geschichtstafel zur Besetzung des Gewerkschaftshauses der Öffentlichkeit übergeben. Die symbolische Übergabe wird in einer Ansprache durch den Bürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Thomas Hermann, in Vertretung für den Oberbürgermeister Belit Onay, vorgenommen.

Hinweis: Bitte beachtet die aktuellen Verordnungen zum Infektionsschutz des Landes Niedersachsen und die allgemeine Pflicht zum Tragen einer Maske sowie mindestens 1,5 m Abstand zueinander zu halten. Die Kundgebung steht aufgrund der Pandemielage unter Vorbehalt.

Ort: Vor dem Alten Gewerkschaftshaus, An der Goseriede 4, Hannover

Veranstalter: **DGB-Region Niedersachsen-Mitte**; Otto-Brenner-Str. 1 | 30159 Hannover Tel.: 0511-16387-0 | Fax: 0511-16387-34 |
Mail: hannover@dgb.de Web: www.niedersachsen-mitte.dgb.de

VERANSTALTUNGEN IM APRIL

Ostermarsch 2021 in Hannover

Das Friedensbüro Hannover teilt mit:

„Zukunft gibt es nur ohne Krieg und Umweltzerstörung“

Samstag 3. April 2021,

11 Uhr Start vom Lister Platz

12.30 Uhr Abschlusskundgebung vor dem Hauptbahnhof (Ernst-August-Platz)

Hinweis: Da nicht klar ist, wie der Ostermarsch unter Corona-Bedingungen durchgeführt werden kann, bitte kurz vorher unter www.frieden-hannover.de informieren.

Gedenken an die Opfer der Erschießungen auf dem Seelhorster Friedhof

Dienstag, 6. April 2020, 16 Uhr

Auf dem Seelhorster Friedhof wurden am 6. April 1945 insgesamt 153 Männer und eine Frau aus der ehemaligen Sowjetunion und aus anderen Ländern von der Gestapo erschossen – wenige Tage vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Hannover. Im Mai 1945 wurden die Erschossenen exhumiert und in Einzelgräbern auf dem Ehrenfriedhof am Maschsee begraben. Die IG Metall Hannover lädt in Kooperation mit der Landeshauptstadt Hannover zur Erinnerung an dieses grausame Kriegsendeverbrechen zu einer Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung ein.

Ort: Zentrales Mahnmal für die Opfer der KZ Außenanlage in Hannover auf dem Stadtfriedhof Seelhorst

Treffpunkt: 15.45 Uhr am Haupteingang des Stadtfriedhofs Seelhorst (Garkenburgstraße)

Veranstalter: IG Metall in Kooperation mit der Landeshauptstadt Hannover – Städtische Erinnerungskultur

Deutsche Besatzungspolitik in Polen: Geschichte, Folgen, Aufarbeitung

Vortrag von Dr. Markus Roth

Donnerstag, 15. April 2021

Mit dem Überfall auf Polen begann der Zweite Weltkrieg. Für die Bevölkerung begannen damit Jahre des Terrors, der Ausbeutung und des Massenmords in bis dahin unbekannter Dimension. Der Vortrag zeichnet die Ziele und Entwicklungslinien deutscher Besatzungsherrschaft in Polen nach und nimmt dabei die Akteure besonders in den Blick. Welche Auswirkungen die NS-Politik für die unterdrückten Menschen hatten und wie diese reagierten, wird mit Hilfe von Tagebüchern, Briefen und anderen Quellen rekonstruiert.

Der Horizont des Vortrags reicht über 1945 hinaus: Was geschah mit den Tätern? Wie ging man in Polen und in Deutschland mit den Folgen der Massenverbrechen um, und wie wirkte dies auf die wechselseitigen Beziehungen?

Dr. Markus Roth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Fritz Bauer Instituts in Frankfurt am Main und beschäftigt sich dort vor allem mit der deutschen Verbrechen Geschichte im besetzten Ostmitteleuropa. Publikationen (u.a.): Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte, Göttingen 2009; mit Frank Beer (Hg.): Von der letzten Zerstörung. Die Zeitschrift „Fun letstn churbn“ der der Jüdischen Historischen Kommission in München 1946–1948, Berlin 2020.

Ob der Vortrag am geplanten **Veranstaltungsort im Regionshaus** an der Hildesheimer Straße 18 stattfinden kann oder ausschließlich als Livestream zu sehen sein wird, steht noch nicht fest. Aufgrund der pandemiebedingten Umstände können sich die Planungen kurzfristig ändern. Alle Veranstaltungsbesucherinnen und -besucher werden deshalb gebeten, sich auf www.gedenkstaette-ahlem.de über den aktuellen Stand zu informieren. Kontakt: Gedenkstätte Ahlem, Telefon (0511) 616-23745, E-Mail gedenkstaette@regionhannover.de.

„Aber der Linksextremismus...!“ Argumente gegen die Kritik am Antifaschismus Argumentationsworkshop im Vorfeld der Antifaschistischen Sozialkonferenz 2021 Referent*innen Clara & Philipp

Donnerstag, 15. April 2021, 17 -20 Uhr

Donald Trump spricht von einer „Terrororganisation“, der niedersächsische Innenminister überlegt sie zu verbieten – „die Antifa“. Wir meinen: Antifaschismus ist legitim und notwendig. In diesem Workshop wollen wir uns mit gängigen Argumenten gegen antifaschistische Arbeit auseinandersetzen und Kritik an ihnen formulieren. Bürgerliche wie Rechte stellen sich antifaschistische Gruppen und Initiativen allzu gern als eine Art Verein vor, während Antifaschismus doch in erster Linie eins ist: ein gesellschaftliches Korrektiv, ein Selbstverständnis, nach dem Arbeit und Organisation gegen den gesellschaftlichen Normalzustand notwendig ist. Denn in diesem „Normalzustand“ sind Rassismus, Sexismus, Kapitalismus, Antisemitismus, Antiziganismus und zu viele andere Ideologien der Ungleichheit Alltag für viele.

Antifaschismus ist demgegenüber auch verknüpft mit einer positiven Vorstellung von einer anderen, freieren Gesellschaft. Mit dem Erstarken völkisch-nationalistischer Parteien und Akteur*innen ist antifaschistisches Engagement wichtig wie eh und je, doch es steht auch unter Beschuss. Nicht nur durch die genannten Akteur*innen, auch bürgerliche Parteien gehen auf das Spiel der Rechten ein und reden ihnen nach dem Mund. Es geht um die Gleichsetzung von links und rechts mit der sogenannten Hufeisentheorie, um die Gewaltfrage und einiges mehr. Den verschiedenen Argumenten gegen antifaschistisches Engagement werden wir uns widmen und Gegenargumente gemeinsam erarbeiten.

Ort: Online

Kontakt und Anmeldung: Anne Grunewald anne.grunewald@bw-verdi.de

Veranstalter: Bildungswerk ver.di in Nds. e.V. mit den Kooperationspartner*innen: ver.di Jugend Nds./Bremen, RLS Nds., Arbeit und Leben Nds., DGB-Jugend Hannover

„DIE NEUE RECHTE" – Anecken, Ausgrenzen, Aufräumen – Strategien des jungen Rechtsaußenspektrums

Offenes Online-Seminar mit Dr. Vincent Knopp

Dienstag, 20. April 2021, 17-20.30 Uhr

Die extreme Rechte hat eine lange Tradition, gleichzeitig wandeln sich ihre Ausdrucksformen. Junge Rechtsextreme organisieren sich in neuartigen Bewegungen und bedienen sich eines kreativ-hippen, junge Menschen ansprechenden Stils. Mit welchen Strategien werben junge Rechtsextreme heutzutage für ihre menschenverachtenden Ideologien? Welche rhetorischen Mittel setzen sie ein, um ihre Positionen unter jungen Menschen zu verbreiten? Diese und ähnliche Fragen beleuchtet das Web-Seminar „Anecken, Ausgrenzen, Aufräumen“ am Beispiel zweier Rechtsaußenjugendorganisationen.

Ort: Online; **Anmeldung** zur Veranstaltung unter: <https://bit.ly/3f3F6hF> Die Teilnehmer_innenzahl ist auf 25 Personen begrenzt. Die Zugangsdaten werden nach verbindlich erfolgter Anmeldung am 16.04.21 verschickt.

Weitere Informationen unter: <https://bit.ly/3IEeOUp>

Technische Voraussetzungen: PC, Laptop oder Tablet mit Internetzugang, Audio- und Videokanal, plus aktuellem Internet-Browser (EXPLORER), Software Zoom. Steht dies nicht zur Verfügung, können sie auch über ihr Smartphone teilnehmen.

Technische Moderation: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Niedersachsen

Veranstalterin: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Niedersachsen

Deutsche Besatzungspolitik in der Ukraine, in Belarus und dem Baltikum:

Geschichte, Folgen, Aufarbeitung

Vortrag von Dr. Bert Hoppe

Donnerstag, 22. April 2021, 19 Uhr

Mit dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion begannen die Deutschen einen erbarmungslosen Vernichtungskrieg, dessen Folgen bis heute nachwirken. Im Unterschied zu den Gegnern im Westen definierte die nationalsozialistische Führung die Völker Osteuropas als minderwertig; sie standen ihren Lebensraumplänen im Weg.

Der Vortrag zeichnet nach, wie die deutschen Angreifer ihre Gewaltausübung insbesondere gegenüber Menschen jüdischen Glaubens vom ersten Tag des Feldzugs an entgrenzten und in den besetzten Gebieten binnen weniger Wochen vom antisemitischen Terror zum Völkermord übergingen. Zugleich ließ die Wehrmacht hunderttausende sowjetische Kriegsgefangene verhungern, später löschten die Deutschen im Zuge der Partisanenbekämpfung hunderte

Dörfer aus, vor allem in Belarus. Zugleich nutzten die Besatzer die bestehenden ethnischen Spannungen und die Hoffnungen auf nationale Unabhängigkeit aus, um ihre Herrschaft über das riesige Territorium mithilfe von Kollaborateuren zu festigen. Obwohl die damals von den Deutschen aufgestellten einheimischen Polizei- und Militäreinheiten schwerste Massenverbrechen begangen haben, und es in Ostgalizien schließlich zwischen Ukrainern und Polen zu einem Krieg im Krieg kam, werden ihre Angehörigen teilweise bis heute als Freiheitskämpfer verehrt.

Dr. Bert Hoppe ist Historiker und Journalist, er arbeitet vor allem zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen, zur Judenverfolgung und zur Architekturgeschichte des 20. Jahrhunderts. Publikationen (u.a.): In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD, München 2007; Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland (Band 7 und 8: Besetzte sowjetische Gebiete, Berlin 2011/2015); Von Nachbarn zu Ausgestoßenen. Das Verhältnis von Nicht-Juden und Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: Jürgen Zarusky/Sybille Steinbacher (Hg.): Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945. Geschichte und Erinnerung, Göttingen 2020.

Ob der Vortrag am geplanten **Veranstaltungsort im Regionshaus** an der Hildesheimer Straße 18 stattfinden kann oder ausschließlich als Livestream zu sehen sein wird, steht noch nicht fest. Aufgrund der pandemiebedingten Umstände können sich die Planungen kurzfristig ändern. Alle Veranstaltungsbesucherinnen und -besucher werden deshalb gebeten, sich auf www.gedenkstaette-ahlem.de über den aktuellen Stand zu informieren. Kontakt: Gedenkstätte Ahlem, Telefon (0511) 616-23745, E-Mail gedenkstaette@regionhannover.de.

Spaziergang über den jüdischen Friedhof in der Nordstadt

Sonntag, 25. April 2021, 11 Uhr

Der Alte Jüdische Friedhof in der Nordstadt ist ein bedeutendes kultur- und sozialgeschichtliches Zeugnis des hannoverschen Judentums. Wir wollen der Alltagsgeschichte der Juden nachspüren und Einblicke in ihre Bestattungskultur geben.

Männer benötigen eine Kopfbedeckung. Die Teilnahme an der Führung erfolgt auf eigene Gefahr. Wegen des unwegsamen Geländes ist festes Schuhwerk notwendig.

Treffpunkt: Alter Jüdischer Friedhof, Oberstraße

Endpunkt: Alter Jüdischer Friedhof, Oberstraße; Dauer: ca. 2 h; Kosten: 10 €,

Veranstalter: Stattreisen Hannover e.V.

Anmeldung erforderlich! online unter www.stattreisen-hannover.de

per Mail unter info@stattreisen-hannover.de oder per Telefon unter 0511-1694166.

Unser Hygienekonzept sieht Anmeldung und damit Dokumentation sowie zahlenmäßige Begrenzung der Teilnehmer vor. Das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung und die Einhaltung der Abstandsregeln sind für die Teilnahme verpflichtend.

Deutsche Besatzungspolitik: Geschichte, Folgen, Aufarbeitung.

Der Fall Griechenland

Vortrag von Dr. Iason Chandrinos

Donnerstag, 29. April, 19 Uhr

Die Ereignisse der deutschen Okkupation in Griechenland in den Jahren 1941 bis 1944 sind einer breiteren europäischen Öffentlichkeit nahezu unbekannt, obwohl die Besatzung mehr Opfer als in allen anderen nicht-slawischen Ländern forderte. Schätzungsweise 50.000 bis 70.000 Zivilisten wurden im Gefolge von Widerstandshandlungen und bei „Sühnemaßnahmen“ der Okkupanten exekutiert bzw. massakriert. Weitere 60.000 fielen der „Endlösung“ zum Opfer: Die jüdische Bevölkerung aus etwa 30 Gemeinden, von denen einige seit der byzantinischen Zeit existierten, wurde zu annähernd 84 Prozent in die Vernichtungslager Auschwitz und Treblinka deportiert. Hinzu kamen die – im Wortsinne – ungezählten Opfer der Hungersnot, die sich unter den Vorzeichen der deutschen Ausplünderung und der britischen Seeblockade bereits früh nach der griechischen Kapitulation im April 1941 abzeichnete. Bei ihrem Abzug im Herbst 1944 hinterließ die Wehrmacht ein zerstörtes Land. Die Leistungskraft Griechenlands lähmte dies auf Jahre.

Trotz des beständig wachsenden Forschungsaufwands ist die Aufarbeitung der Kriegsjahre aus historischer Sicht ungenügend. Die Erinnerungen an die Jahre 1941 bis 1944/45 werden weiterhin zur Legitimierung politischer Interessen instrumentalisiert.

Dr. Iason Chandrinos ist ein griechischer Historiker und seit 2018 Habilitand am Lehrstuhl für Europäische Geschichte (19. und 20. Jahrhundert) der Universität Regensburg. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich des Zweiten Weltkriegs in Griechenland und in „Rest-Europa“. Er hat sich mit dem Holocaust, dem kommunistischen Widerstand und der Repressalienpolitik der deutschen Besatzer befasst.

Publikationen (u.a.): Mitkämpfer. Die Nationale Befreiungsfront (EAM) und die Juden Griechenlands, Thessaloniki: 2020 (im Erscheinen, auf Griechisch); Städte im Krieg. Europäische urbane Zentren unter deutscher Besatzung 1939-1945, Athen 2018 (auf Griechisch); Die rächende Hand des Volkes. Der bewaffnete kommunistische Widerstand im besetzten Athen (1942-1944), Athen 2012.

Ob der Vortrag am geplanten **Veranstaltungsort im Regionshaus** an der Hildesheimer Straße 18 stattfinden kann oder ausschließlich als Livestream zu sehen sein wird, steht noch nicht fest. Aufgrund der pandemiebedingten Umstände können sich die Planungen kurzfristig ändern. Alle Veranstaltungsbesucherinnen und -besucher werden deshalb gebeten, sich auf www.gedenkstaette-ahlem.de über den aktuellen Stand zu informieren. Kontakt: Gedenkstätte Ahlem, Telefon (0511) 616-23745, E-Mail gedenkstaette@regionhannover.de.

1. Mai 2021



Das Motto zum Tag der Arbeit 2021 lautet: „Solidarität ist Zukunft.“

Es drückt die Überzeugung aus, dass der Ausweg aus der aktuellen Krise sowie die Antwort auf die vielfältigen Herausforderungen in der Arbeitswelt und der Gesellschaft in dem zentralen Wert liegt, den Gewerkschaften leben: **Solidarität**.

Was der DGB in Hannover genau plant, steht noch nicht fest. Stände gibt es auf jeden Fall nicht. Bitte informieren unter: [niedersachsen-mitte \(dgb.de\)](https://niedersachsen-mitte.dgb.de)

BERICHTE UND DEBATTE

Neue Homepage und neue Broschüre der Mobilen Beratung Niedersachsen

Die Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie teilt mit

Neue Broschüre zu extrem rechten Strukturen, Codes und Symbolen in Niedersachsen: Extrem rechte Erscheinungsformen erkennen und melden!

Die Mobile Beratung Niedersachsen veröffentlicht die neue Broschüre „Zur Schau getragen – Symbole, Codes und Marken der extremen Rechten“, die Hintergrundinformationen zu Parteien und Strukturen, historischen und aktuellen Symbolen und Codes sowie rechtsextremen Kleidungsmarken, Musikgruppen und der Kampfsportszene gibt.

Die Broschüre stärkt die Handlungssicherheit von Fachkräften, der engagierten Zivilgesellschaft, Städten und Kommunen sowie interessierten Einzelpersonen im Umgang mit rechtsextremen Erscheinungsformen. Mit der neuen Broschüre geht außerdem die aktualisierte Webseite der Mobilen Beratung Niedersachsen online. Unter www.mbt-niedersachsen.de besteht neben dem Zugang zum Beratungsangebot und Materialien zum Themenfeld Rechtsextremismus ab sofort die Möglichkeit, rechtsextreme Erscheinungsformen über ein Formular – auf Wunsch anonym – zu melden. Die Meldungen helfen, ein differenziertes zivilgesellschaftliches Bild über rechtsextreme Vorkommnisse in Niedersachsen zu erstellen. Die Broschüre steht auf der Homepage

Kontakt: Kristin Harney, Büroleitung Regionalbüro Süd

Telefon: 0152/ 03431429; E-Mail:sued@mbt-niedersachsen.de Homepage: www.mbt-niedersachsen.de In Trägerschaft von WABE e.V. www.wabe-info.de

René Baumer:

„Von Verzweiflung und der Sehnsucht nach Freiheit“

Eine Buchempfehlung

Endlich haben wir es geschafft. Das Tagebuch von René Baumer wird vom VSA-Verlag verlegt und ist gedruckt. Der Verein „Gegen das Vergessen./NS-Zwangsarbeit“ möchte euch das literarische Werks von René Baumer über seine Haftzeit in den Konzentrationslagern Neuengamme, Stöcken und Bergen-Belsen empfehlen.

Das Buch ist ein Beitrag zur regionalen Erinnerungskultur und zur Auseinandersetzung mit der Zeit des nationalsozialistischen Regimes in unserer Stadt. Es ist die einzigartige Dokumentation eines Schriftstellers und Malers, der bereits während seiner Gefangenschaft beginnt, das Erlebte für seine „Kameraden“ aufzuschreiben. Wenn es René Baumer möglich ist, fertigt er zudem zeitgleich Skizzen seiner Mithäftlinge – und unter allen Gefahren – auch seines Alltags in den Konzentrationslagern an. Seine Beschreibungen sind ein bewegendes Zeugnis, das durch Ehrlichkeit, Mitgefühl und Authentizität besticht.

Erst nach René Baumers Tod (1982) wurde diese spannende Dokumentation zufällig von seinem Neffen in dessen Nachlass aufgefunden und (2004) in Frankreich veröffentlicht.

Die nun vorliegende, behutsame Übersetzung vom Französischen in das Deutsche bewahrt seine literarischen Fähigkeiten. Durch seine Art der Betrachtungen erhält der Leser gleichzeitig einen schnellen, leicht verständlichen Zugang zum Thema.



Herausgeber: „Verein gegen das Vergessen./NS-Zwangsarbeit“, mit einem Grußwort von Belit Onay (Oberbürgermeister von Hannover), einem Vorwort von Daniel Contamin und einem Beitrag von Janet von Stillfried, VSA Hamburg 2021, 16,80 €. Außer im Buchhandel auch beim Verein gegen das Vergessen oder Netzwerkbüro erhältlich.

Wenn es Ihr/Euer Interesse geweckt hat, würden wir uns über eine Empfehlung an Freunde und Bekannte freuen.

Wilhelm Lindenberg

Reichsbanner - Regionalgruppe Hannover dankt den Verteidigern der Freiheit!

Alljährlich wird in Hannover des Nazi-Feuerüberfalls am Lister Turm vom 21./22. Februar 1933 gedacht.

Der Förderverein Lister Turm e.V. gestaltet die Gedenkveranstaltungen zusammen mit den Verantwortlichen des Stadtteilzentrums in unterschiedlichem Umfang. Meist gibt es auch aktuelle Anknüpfungspunkte, etwa zum Thema rechte Gewalt. Allerdings waren in diesem Jahr aufgrund der Pandemie-Bestimmungen die Möglichkeiten sehr eingeschränkt.

Interessierten wurden im Servicebüro des Stadtteilzentrums Nelken für ein stilles Gedenken an der 1976 am Lister Turm angebrachten Gedenktafel zur Verfügung gestellt. Hannovers SPD-Stadtverbandvorsitzender Adis Ahmetovic, Bezirksbürgermeisterin Irma Walkling-Stehmann (SPD), MdL Alptekin Kirci (SPD) sowie der Vorsitzende des Förderverein Lister Turm e.V. Andreas Pieper waren vor Ort und gedachten den Opfern der SA. Ein Trauerkranz des SPD-Ortsverein Vahrenwald-List wurde in Gedenken angebracht.

Auch die Reichsbanner - Regionalgruppe Hannover hat, wie in den Jahren zuvor, ein Blumengesteck zu Ehren der Ermordeten Wilhelm Heese und Willi Großkopf sowie den 17 schwer verletzten Kameraden der Reichsbanner Schutzformation niedergelegt. Und zwar in Form eines eigenen Corona-konformen Gedenken im kleinen Kreis am 21.2.2021.

Um darüber hinaus den heutigen Mitgliedern der Reichsbanners sowie allen Interessierten eine nachträgliche, digitale Teilnahme zu ermöglichen, wurde die Gedenkrede sowie die Wiedergabe der Geschehnisse vor 88 Jahren durch den Regionalgruppensprecher Marco Rösler, kurzerhand aufgenommen und via Youtube zugänglich gemacht.



STADTTEILZENTRUM LISTER TURM
Reichsbanner Gedenken Lister Turm 2021

Das Gedenken ist auf dem Youtube-Kanal der Reichsbanner - Regionalgruppe Hannover zu sehen: <https://www.youtube.com/watch?v=l38KYCE81X8>

Marco Rösler /Reichsbanner

Rechenschaftsbericht des Netzwerkvorstands März 2021

Da wegen der Corona-Beschränkungen keine Mitgliederversammlung im Frühjahr 2021 stattfinden kann, berichtet der Vorstand des Vereins Netzwerk in diesem Newsletter über seine Arbeit im letzten halben Jahr seit der MV am 7. Oktober 2020:

Das Corona-Virus hat die Arbeit des Netzwerks naturgemäß massiv beeinträchtigt. Der Vorstand und die Mitglieder des Vereins haben das Mögliche getan, um eine ordnungsgemäße Arbeit und Präsenz aufrecht zu erhalten. Aber leider war das letzte halbe Jahr neben beharrlicher Kontinuität eine Zeit der Ausfälle:

- Nach den **Neuwahlen im Oktober** (Horst Dralle wurde Vorsitzender, Anke Biedenkapp in den Vorstand gewählt, Kata Miszkiel-Deppe wurde stv. Vors.) verließ Jens Gundlach aus persönlichen Gründen im Januar 2021 den Vorstand. Eine Neubesetzung dieses Postens kann bis zu einer ordentlichen MV warten. Der Vorstand hat seine turnusmäßigen Sitzungen ab November 2020 online abgehalten. Über die laufende Routine braucht hier nicht berichtet zu werden, zentrale Themen/Aufgaben werden benannt. Das wichtige, weil existenzielle **Thema Finanzen** wird unten gesondert behandelt.
- Auch wenn der Publikumsverkehr massiv eingeschränkt ist, arbeitet das **Büro** normal weiter. Die Schaufenster, die ausgelegten Netzwerkflyer und die neuen Karten zum digitalen Stadtrundgang finden Aufmerksamkeit. Leider ist der mehrmaligen Aufforderung an Mitgliedsinitiativen, sich in den **Schaufenstern zu präsentieren**, bislang noch niemand außer dem AK Frauen-KZ Limmer gefolgt. Das Angebot gilt weiter.
- Seit der letzten MV sind **4 Personen dem Netzwerk** beigetreten. Der Vorstand ermuntert alle Mitglieder, Menschen – insbesondere jüngere – für einen Beitritt und aktive Mitarbeit zu gewinnen.
- Die **Jahrestagung** im Nov. 2020 zum Thema „Ressentiment“ musste abgesagt werden. Mit den Kooperationspartner*innen und den Referentinnen wurde über ein digitales Format nachgedacht, dann aber entschieden, die Tagung in 2021 nachzuholen. Sie ist nun auf den **27.11.2021** im Freizeitheim Linden gelegt.
- Nach einer Umfrage unter den Nutzern des **Netzwerkcalenders** hat der Vorstand entschieden, diesen auch im 1. Halbjahr 2021 ausfallen zu lassen, weil bei allen eine seriöse Veranstaltungsplanung nicht möglich war. Stattdessen wird die Herausgabe eines Newsletter Extra fortgeführt, so dass nun weiter monatlich ein Veranstaltungsankündigungsforum herauskommt. Zu allen erinnerungskulturellen **Online-Veranstaltungen** aus dem Kreis unserer Mitglieder wurde – und wird weiter – über Newsletter, Rundschreiben und unsere Website mobilisiert. Da Treffen, Gedankenaustausch und Debatten erheblich eingeschränkt sind, fordert der Vorstand alle Interessierten auf, den Newsletter als Debatten- und Informationsforum zu nutzen. Die Herausgabe des Netzwerkcalenders für das **2. Halbjahr 2021** ist geplant.
- Im Januar mussten wir uns in Absprache mit der Stiftung Denkmal in Berlin entschließen, die für Mai/Juni 2021 vorbereitete **Ausstellung zur Wehrmachtjustiz** um ein Jahr zu verschieben. Sie wird nun im Mai/Juni 2022 im Freizeitheim Linden präsentiert. Die Vorbereitung im Arbeitskreis wird fortgeführt. Die Absage der Präsentation birgt einige Unwägbarkeiten in der unabdingbaren Zusammenarbeit mit unseren Geldgebern, doch wir sind sicher, dass diese bei der Stange bleiben.
- Im Februar haben wir einen **facebook-Auftritt** eingerichtet. Nach einigen technischen Problemen scheint dies Medium zu funktionieren. Seine Nutzung wird den Mitgliedern und anderen ans Herz gelegt.

- Seit März 2021 beteiligen wir uns über den AK Frauen-KZ Limmer an **Online-Seminaren** der Gedenkstätte Bergen-Belsen zum Thema Einrichtung von digitalen Veranstaltungen in der Gedenkstättenarbeit.
- Der Einladung zur Beteiligung am Festjahr „**1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland**“ folgen wir.
- An der Eröffnung des **ZeitZentrums** am 12. März haben etliche Mitglieder teilgenommen. Der Vorstand wird eine geführte Veranstaltung für Mitglieder verabreden, wenn eine physische Präsenz im ZZZ möglich ist.
- Der jeweilige Vorsitzende des Netzwerks gehörte dem **wissenschaftlichen Beirat** an, der die Städtische Erinnerungskultur bei der Konzeptentwicklung für das ZZZ unterstützt hat. Dieser Beirat wurde nun einvernehmlich aufgelöst und die Kulturdezernentin bittet um Ideen, wie in Zukunft eine sinnvolle wissenschaftliche Begleitung der Arbeit des ZZZ aussehen könnte. Der Vorstand wird sich insbesondere dafür einsetzen, dass die bürgerschaftlichen Gruppen, die sich ehrenamtlich seit vielen Jahren mit der NS-Zeit in Hannover beschäftigen weiter beteiligt werden und dass zusammen mit der Städtischen Erinnerungskultur geprüft wird, wie diese Gruppen sinnvoll in die ,Arbeit des ZZZ einbezogen werden können.

Zur finanziellen Situation des Netzwerks 2020

Das Jahr 2020 stellte den Verein Netzwerk Erinnerung und Zukunft - neben den veränderten Bedingungen durch die Corona-Pandemie - auch vor finanzielle Herausforderungen. Nach dem überraschenden Tod unseres Vorsitzenden Horst Meyer im Januar vergangenen Jahres wurde es erforderlich, unser bisheriges Büro am Unternehmenssitz Horst Meyers in der Bödekerstraße aufzugeben und uns neue Büroräume zu suchen. Dies war mit einem erhöhten ehrenamtlichen Aufwand und zusätzlichen Kosten von etwa 10 % unseres Gesamtbudgets verbunden, die in unserm Wirtschaftsplan für 2020 natürlich nicht einkalkuliert waren. Durch erheblich mehr Spendeneinnahmen und die Vereinsbeiträge neu gewonnener Mitglieder war es möglich, die durch den Umzug bedingten zusätzlichen Kosten zu tragen. Die institutionelle Förderung des Vereins durch die Landeshauptstadt Hannover hat uns darüber hinaus auch 2020 wieder ermöglicht, unserer Aufgabe zivilgesellschaftlicher Erinnerungsarbeit in der Region Hannover nachzukommen. Das Jahr 2020 konnten wir finanziell so wieder mit einem leichten Plus abschließen.

Ein Bericht und genauere Angaben und Zahlen werden auf den Mitgliederversammlungen des Vereins veröffentlicht.

Der Vorstand des Vereins Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover

Identität, Gesellschaft und Geschichte

Von berechtigten Interessen zu Ausgrenzung und sektiererischer Absolutheit – auch in Hannover

Im letzten Newsletter habe ich in Auseinandersetzung mit Positionen von Max Czollek und Michel Friedmann zur Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in Deutschland nur dezent

darauf hingewiesen, dass dies Felder politischer Debatte in der gesamten Gesellschaft, in Wissenschaft und Kultur seien, in denen die diversen historischen und persönlich/gegenwärtigen Erfahrungshorizonte alle ihren Platz haben müssten. Bei energischer Zurückweisung geschichtsrevisionistischer, nationalistischer, völkischer, rassistischer und antisemitischer Positionen und Ideologien sollte ein dialogischer Diskurs über Erinnerung, Geschichte und ihrer Darstellung in sich verändernden gesellschaftlichen Realitäten in Deutschland, Europa und der Welt möglich bleiben. Insbesondere Vorhaltungen mangelnder Kompetenz wegen angeblicher Nichtbetroffenheit oder Unterstellungen, Feigenblattpolitik zu veranstalten, seien in diesem Diskurs nicht nur wenig hilfreich, sondern als exkludierende und Wahrheit genetisch oder kulturell bestimmende Verabsolutierungen schädlich.

Das gilt gewiss nicht nur auf dem für das Netzwerk besonders relevanten Gebiet der Erinnerungskultur und dem für uns im Mittelpunkt stehenden Erinnern an den Nationalsozialismus und die Shoah. Dass das Netzwerk auf dieser Grundlage in politischen Debatten und Auseinandersetzungen der Gegenwart gegen Rassismus, Antisemitismus, gegen jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eintritt, ist nicht nur im Statut verankert, sondern wichtiger Bestandteil täglicher Praxis.

Und deshalb erlauben wir es uns auch, in Debatten, Meinungsverlautbarungen und Handlungen einzuschalten, die imstande sind, ein Klima der Ab- und Ausgrenzung zu erzeugen, das dem Urteil, dem Argument wenig Raum lassen möchte. Mit Erregungsenergie geladene Einstellungen über das, was jemand zu sagen berechtigt sei oder eher nicht, flirren in den medialen Foren als imperative Standpunkte umher, die von einem Kulturkampf um Deutungshoheiten kündigen, der droht, sachlich gebotene und politisch erforderliche Debatten in ideologisch zementierte Frontstellungen zu verwandeln. Empathie geladenes und Empathie einforderndes Engagement wird Analyse und damit Wahrheitsfindung entgegengehalten, ganz so, als könne Realität nur durch Betroffenheit erfahren werden.

Ein jüngst in Hannover beobachteter Vorfall sollte uns wachhalten und aufmerksam sein lassen, ein Vorfall, den man betiteln kann: *„Wissenschaftler zur afrikanischen Geschichte aus dem hannoverschen Dialog um Rassismus und kolonialem Leben eingeladen.“*

Was ist geschehen?

Anfang März erreichte mich eine Mitteilung meines akademischen Lehrers und Freundes Professor Dr. Helmut Bley, er sei von einer städtischen Veranstaltung, auf der er am 18. März sprechen sollte, eingeladen worden. Im Rahmen der von der Stadt Hannover unternommenen Bestrebungen, dem Umgang mit dem kolonialen Erbe ebenso mehr Aufmerksamkeit zu widmen wie den Kampf gegen Rassismus zu verstärken, sollte er zum Thema „Kolonialgeschichte von Afrikanern und Afrikanerinnen her denken“ sprechen. Ohne anderen Wissenschaftler*innen Unrecht zu tun, kann man/frau Helmut Bley als Doyen für afrikanische Geschichte in der Bundesrepublik bezeichnen. Neben seinem wissenschaftlichen Wirken hat er mit persönlichem und politischem Engagement seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts die antikolonialistischen und antiimperialistischen Bewegungen in Afrika und anderswo auf der Welt unterstützt. Er hat in Afrika gelebt, in Tansania und anderswo in Afrika gelehrt und gearbeitet. Dutzende akademischer Schüler*innen sind ihm nachgefolgt. Hunderte Studierende wurden über ihn zum Wissen um die Probleme der Dritten Welt

angeleitet, in Diskurse um eine Weltgesellschaft eingeführt. Das von ihm über Jahrzehnte mitgeleitete interdisziplinäre Colloquium „Peripherie und Zentrum“ am Historischen Seminar der Universität Hannover hat unzähligen Wissenschaftler*innen aus aller Welt ein Forum der Debatte um Fragen von Kolonialismus, Imperialismus und deren Erben im weltgesellschaftlichen Kontext geboten, ein Forum, das einheimischen Studierenden die Möglichkeit gab, ihre Sicht auf die Welt und ihre Geschichte zu weiten. Und nebenbei: Für die Stadt Hannover schrieb er einst das wissenschaftliche Gutachten zur notwendigen Umbenennung der Lettow-Vorbeck-Allee und wurde im Nachtrag von Lettow-Nachfahren mit einem elendigen zivilrechtlichem Verleumdungsprozess überzogen. Das OLG Celle hatte aus diesem Anlass einen Beschluss gegen den Missbrauch von Beleidigungsklagen gefasst und das hohe Gut der Wissenschaftsfreiheit betont.

Die Einladung an einen Wissenschaftler, der nie nur das Fach afrikanische Geschichte im Elfenbeinturm Universität bewohnte, sondern sich stets politisch und persönlich gegen Rassismus und Ausgrenzung wandte, machte also im Rahmen der städtischen Intentionen Sinn. Doch nach einem Vorgespräch hat „eine Referentin aus dem Oberbürgermeisterbüro die Einladung zum 18.3. mit Rücksicht auf grüne Extremistinnen blockiert“, schrieb Helmut Bley. Wir dokumentieren hier – bei wenigen redaktionellen Änderungen – seinen als spontane Reaktion auf die Gesprächsverweigerung entstandenen Vorspruch zu dem Vortrag, der nun auf Einladung der „empörten Wissenschaftsabteilung im Rathaus“ im November vor Publikum gehalten werden soll. Es sei korrekterweise nicht unterschlagen, dass ihm wenige Tage später von offizieller Seite aus dem Rathaus das Bedauern über diese Vorgänge mitgeteilt wurde mit der Bitte, das Ganz nun nicht zu hoch zu hängen. Das soll auch hier gar nicht geschehen, doch ignoriert werden sollte dieser Vorgang auch nicht.

„Vorspruch zum Vortrag: ‚Von Afrikanern und Afrikanerinnen her denken – Positionen zur Aufarbeitung der Kolonialgeschichtsschreibung.‘ (Den Vorspruch habe ich geschrieben, bevor ich ausgeladen wurde.)

Diese Veranstaltung wollte ein Gespräch mit Gruppen, unter ihnen „Idira“, führen, die sich dem Antirassismus verschrieben haben. Sie wollen die afrikanischen Deutschen und die Afrikaner der Diaspora, die in Deutschland leben, vor Diskriminierung schützen. Sie bekämpfen offenen und versteckten Rassismen in unserer Sprache. Ich begrüßte diese Aktivitäten und wollte mit meinen Vortrag etwas dazu beitragen, dass der Rahmen der Arbeit weitgenug gespannt wird und die Realitäten des Lebens in Afrika in Vergangenheit und Gegenwart in den Blick kommen.

Die Vertreterin von ‚Idira‘ (nur im Facebook) erklärte gleich am Anfang des Vorgesprächs jedoch apodiktisch, dass ich als ‚alter weißer Mann‘ mich gar nicht in afrikanische Verhältnisse hineindenken und einfühlen könne. Alle Teilnehmerinnen sagten, sie würden die Auffassungen der jungen afrikanischen Leute und ihre Identität respektieren. Sie hielten nur deren Aussagen für authentisch.

Wir haben noch eine ganze Weile diskutiert. Ich vertrat die Position, damit würden sie jede wissenschaftliche Bemühung der Gesellschaftswissenschaften und auch der afrikanischen Geschichte für andere Gesellschaften der Welt für unmöglich erklären. Im Umkehrschluss würde das bedeuten, dass auch Afrikaner Europa nicht studieren könnten. Es sei auch Afroamerikanern in den USA dann unmöglich, die deutsche Geschichte zu verstehen, und Lateinamerikaner, die nord-amerikanische Geschichte zu erforschen. Viele Afrikaner, Lateinamerikaner, Chinesen haben die Lehren von Karl Marx aus Trier rezipiert oder sozialdemokratische Positionen verstanden. Viele wurden Christen. Generell wären weltgeschichtliche Betrachtungen unmöglich.

Ihre Position beruht auf Annahmen, die sich gegen alle philosophischen und wissenschaftstheoretischen Erkenntnisse seit der Aufklärung wenden, sind nicht auf die Realität bezogen. Es ist außerdem abwegig zu behaupten, dass kollektive Identität etwas fest Gefügtes und Unveränderbares sei. Damit wird die historische Erfahrung geleugnet, dass insbesondere in der Moderne die Menschen überall durch mehrere Identitätsstränge bestimmt sind und diese im stetigen Wandel sind. Die zum Vorgespräch eingeladenen Vertreterinnen bestanden, wie ich vermute, von vornherein darauf, nur auf der Basis ihres Identität-Dogmas an diesem Gespräch teil zu nehmen, also ohne mich.

Das Vorgehen ist kein Einzelfall, sondern repräsentiert eine Strömung. Wolfgang Thierse, der ehemalige Bundestagspräsident, hat am 22. Februar in der FAZ in einem Artikel gewarnt, dass eine Ideologie der unveränderbaren Identität die Gesellschaften spalten würden. Die Radikalisierung solcher Diskurse, die er ‚umgekehrten Rassismus‘ genannt hat, werde zu Gewalt führen. Es gab einen Sturm im Netz, in dem auch er als ‚weißer alter Mann mit heterosexueller Orientierung‘ bezeichnet wurde und damit sogar Heterosexualität zur verdammungswerte Lebensform wurde, also gegen die übergroße Mehrheit der Menschen gerichtet ist und an Sektierertum erinnert. Gesine Schwan hat darauf in einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 27/28. Februar 2021 unter dem Titel geantwortet: ‚Wider das Gift kollektiver Identität‘. [...] Eine radikalisierte Überbetonung von unveränderbarer Identität beginnt das demokratische Terrain zu verlassen und die hat Tendenz, sich mit den ‚Identitären‘ Strömungen vom ganz rechts zu vermengen.

Mein Vortrag stützt sich auf mein Buch: ‚Afrika: Welten und Geschichten aus dreihundert Jahren‘ von ca.1.700 bis zur Gegenwart. Das Manuskript liegt lektoriert beim renommierten DeGruyter Verlag und wird im August herauskommen. In diesem Buch fließen die Forschungen vieler afrikanischer Kollegen, meine eigene Erfahrungen in der Lehre an der Universität Dar es Salaam, sowie der britischen, amerikanischen und französischen Kolleginnen und Kollegen ein. Viele meiner Studierenden haben in Afrika studiert und Forschungsprojekte durchgeführt. Viele Spaziergänge von mir in Städten und Dörfern führten zu Gesprächen sowie Einladungen in afrikanische Familien. Nie hat ein Afrikaner bzw. Afrikanerin ob Kollegen, Studierende oder Bauern und Handwerker daran gezweifelt, dass wir auf dem gemeinsamen Grund menschlicher Kommunikation standen. [...] Natürlich gibt es in der panafrikanisch gestimmten Intelligenz Afrikas auch schematische Positionen, die von einem goldenen Zeitalter von vor vierhundert Jahren träumen. Sie verschweigen dabei die tausendjährige Geschichte von innerer Sklaverei durch adelige und monarchistische Herrschaft. Sie schieben ALLE internen Krisen auf europäische Schuld. Natürlich sind die negativen Folgen der Kolonialherrschaft und die der ungerechten Weltwirtschaftsordnung unleugbar.

Es besteht ein Widerspruch von panafrikanischen Deutungen zu afrikanischen Kulturen, die vielfältig und die im ständigen Wandel sind. Millionen von Afrikanerinnen und Afrikanern sind sogar als Ausländer aus Nachbarländern vertrieben worden oder Frauen aus der Stadt, weil sie unverheiratet waren. Der Wandel durch interne Migrationen und millionenfache interne Fluchtbewegungen verändert ständig Identitäten. Der Mentalitätswandel beim Wechsel vom Dorf in die Millionenstädte bleibt meist unbeachtet. Es gibt Ausnahmen. Der Kameruner Demokratiekämpfer Celine Monga ist u.a. eine solche Ausnahme. In seinem Buch ‚Anthropology of Anger‘ spricht er von dem Glauben der Jugend an Gewalt als Lösung. Außerdem befürchtet er, dass die bäuerliche Bevölkerung, die in die Städte abgewandert ist, ethnisch mobilisiert werden könnte. [...]“

Wir werden uns ganz sicher in den nächsten Wochen und Monaten inhaltlich mit den Themen Kolonialismus und Imperialismus in der Erinnerungskultur beschäftigen vor allem im Blick darauf, dass unter dem Schlagwort „multidirektionale Erinnerung“ (Michael Rothberg) postkoloniale Aktivist*innen die Ansicht verbreiten, die „Exzeptionalisierung der NS-Zeit und des Genozids [sei] insofern problematisch, als sie eine tiefe Auseinandersetzung mit Rassismus häufig verhindert.“ (Emila Roig) Dass solche Interpretationen von Rothbergs Überlegungen zu einem „Historikerstreit 2.0“ allerdings fehlgehen, sei nur am Rande vermerkt.

Empörungsaufgeregtheit oder argumentativer Diskurs

Im Moment geht es aber erst um die Frage, wie eine Debatte um wichtige gesellschaftspolitische und erinnerungspolitische Fragen geführt wird: Im Modus initiiertes Empörungsaufgeregtheit oder argumentativer Diskurse. Es geht im Kern darum, wie von der Mehrheitsgesellschaft marginalisierte, angefeindete oder kaum im öffentlichen Raum repräsentierte Positionen, Haltungen, Personen – meinetwegen auch – Identitäten solche Anerkennung und Stärkung finden, damit diesen aggressiven oder latenten Ausgrenzungshandlungen wirksam begegnet werden kann.

Was darf man/frau in diesem Kontext dieser Episode hannoverscher Ratshauspolitik entnehmen? In Zeiten emotionalisierter Debatten um Identity, Identity Politics, um Identität und Identitätspolitik, beugt sich eine demokratisch legitimierte Exekutive dem Begehren einer sich selbstermächtigenden kleinen Gruppe von Am-Besten-Wisser*innen, eine auf wissenschaftlicher Grundlage, politischer Reflexion und erheblicher Lebenserfahrung basierende Auseinandersetzung um zentrale Fragen im gesellschaftlichen Umgang mit unterdrückten und marginalisierten Gruppen von Menschen zu verhindern. Dieser Vorgang bestätigt den schon angesprochenen Trend, Empathieeinforderung mit Analyse zu verwechseln.

Dies Vorgehen fügt sich in die Reihe ähnlicher Vorgänge – H. Bley hat sie kurz genannt – , bei denen empörte Stimmen aus Reihen der Queer Community oder anderer sich per Identität definierender Gruppen Rede- und Kontaktverbote bzw. Sanktionierungen gegen Menschen einfordern, die die radikale Ausschließlichkeit ihrer Ansichten nicht teilen. Jenseits eines rationalen Begründungszusammenhangs werden abweichende Auffassungen als ausgrenzend, von Unterdrückungswillen geprägt oder einfach als kompetenzunwürdig gekennzeichnet. Prominent wurden in diesem Zusammenhang die Reaktionen der SPD-Parteispitze (Saskia Esken und Kevin Kühnert) die sich „beschämt“ gaben über den von „mangelnder Sensibilität“ geprägten Umgang des Genossen Wolfgang Thierse mit queeren Personen, weil seine Äußerungen in der FAZ vom 22.2.2021 unter dem Titel „Wieviel Identität verträgt die Gesellschaft“, kritische Fragen zu einer „Radikalität identitärer Forderungen“ stellte, die „in Spaltung umschlägt“, und bei der „verteilungspolitische Gerechtigkeitsfragen“ unterbelichtet wären. Gesine Schwan sprang ihm in der SZ vom 26.2.2021 bei und betonte, dass „wir in einer Gesellschaft von unterschiedlich großen ‚Communitys‘ zerfallen, die jede für sich eine ‚kollektive Identität‘ beanspruchen und damit immer schon auf dem Weg der Exklusion anderer sind.“

Inwieweit die Aussagen dieser beiden sozialdemokratischen Intellektuellen – zwei von wenigen, die der SPD noch geblieben sind, – die SPD „beschämen“ könnte – ist Thilo Sarrazin immer noch SPD-Mitglied? –, muss schier schleierhaft bleiben, hat Thierse doch originär

sozialdemokratisches Gedankengut, das immer auf „verteilungspolitische Gerechtigkeitsthemen“ abhebt, verkündet. Nur zielte die Kritik der queeren Community eben nicht darauf, dass den hehren Worten von sozialer Gerechtigkeit eine andere sozialdemokratische Politikpraxis gegenübersteht, einer Praxis, die ihren erheblichen Teil dazu beiträgt, gesellschaftlich und sozial marginalisierte Menschen zu schaffen und ihre Ausgrenzung zu verfestigen. Man/frau zeigten sich beleidigt, nicht als Nabel gesellschaftlicher Widersprüche anerkannt zu werden. Thierse sei in seinem gesellschaftlichen Konsensdogma ignorant gegenüber pluralen Identitäten und deren Ansprüchen, so die dann twittergewaltige Distanzierung von Esken/Kühnert gegenüber dessen diskussionsfähigen Denkanstößen. Solch Anbietern von Teilen der SPD-Parteispitze an lautsprechende, aktivistische Queer-Empörlinge, das den zentralen Begriff des Parteiprogramms zur Bundestagswahl „Respekt“ konterkariert, erhält eigentlich nur dann eine gewisse Plausibilität, wenn von grundsätzlichen Fragen, die die SPD gern umschiff, abgelenkt werden soll.

Herrschaft und Ausgrenzung

Denn es geht in Wahrheit um Macht, um Deutungshoheit, um Herrschaft in einer gespaltenen Klassengesellschaft. Und selbstverständlich behindern oder unterdrücken die Macht- und Herrschaftsstrukturen mit den in ihnen handelnden Menschen, so wie sie bei uns existieren, anderes Dasein, andere Herkunft, andere sexuelle Orientierung als die vorherrschenden in einem Land, das sich immer noch in weiten Teilen einer heterogener und pluralistischer werdenden Gesellschaft widersetzen möchte. Doch identitätspolitisch betriebene Ausgrenzungsstrategien ändern an solchen Herrschaftsstrukturen gar nichts, auch wenig an direkten persönlichen Angriffen, Diskriminierungen, Gewaltattacken. Im Gegenteil, da sie sich einer Bündnispolitik um Veränderung der Machtverhältnisse entziehen, sich einer Solidarität des Miteinanders verschließen und in aggressiv handelnden Kollektiven der unbeding-Gleichen verschanzen, begeben sie sich in politisches Sektierertum.

Zwei alte weiße Männer, die in Wissenschaft und sozialen Bewegungen seit Jahrzehnten zuhause sind, wiesen kürzlich daraufhin: „Doch lehrt die Erfahrung sozialer Bewegungen, die ins Sektiererwesen abgerutscht sind, dass Opposition in sich plural sein muss und eine Atmosphäre des Respekts rundum notwendig ist.“ Und der retrospektive Blick auf das Zerfallen von Teilen der 1968-Bewegung in Sekten einer wie immer gearteten reinen Lehre zeige: „Besser man ist vereint, statt dem Narzissmus der allerkleinsten Differenz zur frönen.“ Denn „die moralische Größe und der politische Erfolg von Bewegungen gegen jede Form von Diskriminierung beruhen stets darauf, dass sich nicht allein ‚Betroffene‘ zur Wehr setzten, sondern dass sich auch andere betroffen fühlen. Und darauf, dass diese auch eine von anderen erfahrene Diskriminierung so in Zweifel zogen und bekämpften, als wäre sei ihnen selbst widerfahren.“
(Daniel Cohn-Bendit und Caus Leggewie in der taz v. 13./14.3.2021, S. 29)

Der alte weiße Autor dieses Artikels versteht dies erfahrungs- und analysegedeckte Plädoyer für eine politisch wirksame strategische Orientierung in gesellschaftlichen Frontstellungen als Aufruf zu einer produktiven, zielführenden Streitdebatte auch in diesem Forum und darüber hinaus. – Wohl an!

Peter Schyga

Impressum:

Der Newsletter erscheint zum Ende jedes ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins.

In Covid-19 Zeiten erscheint zum Ende der geraden Monate ein **Newsletter EXTRA** nur mit Veranstaltungsankündigungen. **Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 23. März 2021.**
Redaktionsschluss des nächsten regulären Newsletters ist der 18. Mai 2021.

Redaktionsschluss des nächsten Newsletter EXTRA ist der 26. April 2021.

Redaktion Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., Kirchstr. 1/ Pariser Platz, 30449 Hannover; Tel. 0511/ 67437122;
erinnerung-und-zukunft@gmx.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de



wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

